

Schuldnerberater in Existenznot

Betroffene sprechen von „Sterben auf Raten“ / Sachkosten seit 1999 unverändert

SCHWERIN/STRALSUND Sie wollen Menschen vor und aus der Pleite retten und kämpfen dabei selbst ums finanzielle Überleben: Die derzeit noch 24 Schuldner- und Insolvenzberatungsstellen in Mecklenburg-Vorpommern geraten zunehmend in Existenznot. Von einem „Sterben auf Raten“ spricht Cornelia Zorn, die Vorsitzende der Landesarbeitsgemeinschaft (LAG) Schuldnerberatung. In den letzten 15 Jahren sei mehr als ein Fünftel der Beratungskapazität verlorengegangen. 2014 hätten drei Beratungsstellen zur Jahresmitte zeitweise keine Ratsuchenden mehr aufgenommen, weil sie finanziell am Ende waren. Eine von ihnen, die der Diakonie in Schwerin, wird nun zum Ende dieses Jahres tatsächlich ihre Türen schließen, so Zorn. Damit einher ginge natürlich eine

Verringerung der Beratungszahlen. Der Bedarf aber sei unvermindert groß, so stieg 2014 die Zahl der Verbraucherinsolvenzen in MV gegenüber dem Vorjahr um 4,7 Prozent – trotz sinkender Bevölkerungszahl.

„Das Land fördert die Träger der Schuldner- und Verbraucherinsolvenzberatung im Vergleich zu anderen Bundesländern einwohnerbezogen weit überdurchschnittlich, in den neuen Bundesländern liegen wir an der Spitze“, betonte eine Sprecherin des Sozialministeriums. „Wir tragen also unseren Teil dazu bei, ein flächendeckendes Netz von Beratungsstellen zu erhalten.“

„Das Land fördert uns nicht genug“, hält Cornelia Zorn dagegen. So seien die Fördermittel für Sachkosten der Schuldnerberater seit 1999 unverändert geblieben – und lägen mit maximal 6136 Euro bei nicht

einmal der Hälfte dessen, das für den Bildschirmarbeitsplatz eines Landesbediensteten zur Verfügung stehe (12 910 Euro). Immerhin hätte die Sozialministerin versprochen, sich bei den Beratungen über den nächsten Doppelhaushalt für eine Erhöhung der Sachkosten einzusetzen. „Wir helfen mit unserer Arbeit dreimal so viel an Landes- und kommunalen Mitteln einzusparen, wie in uns reingesteckt wird“, betont die LAG-Vorsitzende. Statt das anzuerkennen, steige auch noch der Eigenanteil, den die Schuldnerberater zur Finanzierung beitragen müssten, unablässig – obwohl sie keinen Gewinn erwirtschaften. „Fünf Prozent waren ursprünglich vorgesehen, inzwischen sind wir bei weit über 20 Prozent“, beklagt Zorn. Vor allem kleine Träger seien dadurch überfordert. *Karin Koslik*